

DAS THEMA

Auf Tour an den Hochschulen

In den vergangenen Monaten hatte Christian Schaft in seiner Funktion als wissenschafts- und hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag das Gespräch mit Hochschulleitungen und Studierendenvertretungen sowie dem Studierendenwerk und der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek gesucht. Dabei kristallisierten sich mehrere Schlüsselthemen heraus.

Das im Moment wohl drängendste Thema ist die Hochschulfinanzierung. Ein großer Teil soll dabei über die Grundfinanzierung in die Globalhaushalte der Hochschulen kommen. Geld also, das sie so einsetzen können, wie sie es konkret benötigen zur Grundfinanzierung. Lediglich 15 Prozent werden über Indikatoren vergeben, die hochschulspezifisch festgelegt werden, zum Beispiel anhand von Kriterien, wie Grad der Gleichstellung oder Studienqualität.

Bei der Ausarbeitung sollen nicht nur Hochschulleitungen und Hochschulräte, sondern auch die akademische und studentische Selbstverwaltung beteiligt werden. Denn, auch das ist klar, die Demokratisierung der Hochschulen ist der LINKEN ebenso wie den Statusgruppen an den Hochschulen besonders wichtig.

Wie soll die demokratische Hochschule aussehen?

Es zeigt sich, dass sich die Entscheidungskompetenzen bei den Hochschulräten und -leitungen konzentrieren. Bis in der Thüringer Hochschulgesetzesnovelle 2016/2017 diese „Machtfrage“ neu beantwortet wird, sollen ab diesem Herbst Dialogforen mit allen Angehörigen der Hochschulen stattfinden, um herauszuarbeiten, wie die demokratische Hochschule aussehen soll.

Die Einbindung aller ist umso wichtiger, weil die Einschätzungen aus der Hochschulentwicklungsplanung stark zwischen den verschiedenen Hochschulen und auch zwischen den Studierendenvertretungen sowie Hochschulleitungen variieren.

Die Studierendenvertretungen, das wurde in den Gesprächen deutlich, erwarten einen Wandel in der politischen Kultur an den Hochschulen, hin zu mehr Transparenz und Mitbestimmung. Eine Forderung, der sich Christian Schaft nur anschließen kann. Auch einige Hochschulleitungen haben bereits angekündigt, die verschiedenen Statusgruppen der Hochschulen besser einbinden zu wollen.

Das einzige, was weitgehend unstrittig ist, ist die Umwandlung der Berufsakademie Gera-Eisenach in eine Duale Hochschule – vorausgesetzt, sie bringt keine finanziellen Belastungen für die anderen Hochschulen mit sich. Zentralisierungsüberlegungen, beispielsweise bei den Bibliotheken, hingegen bleiben umstritten: Oft heißt es, dass die

MdL Christian Schaft: Viel Arbeit und gute Aussichten

Strukturen dadurch effizienter würden, einen Beweis dafür gibt es bisher aber nicht. Dazu meint Christian Schaft: „Aus Sicht der LINKEN muss daher eine ausgewogene und sachdienliche Abwägung stattfinden, um die aktuelle Angebotsstruktur für die verschiedenen Nutzerinnen und Nutzer fortzuentwickeln. Und die Zentralisierung von Strukturen und Angeboten darf nicht allein finanziellen Gesichtspunkten unterliegen.“

Einen Teil dieser Abwägung wird womöglich das Gutachten des Hochschul-Informations-Service zu den Hoch-

fünf Millionen Euro pro Jahr gesetzlich festgesetzt, was durch die Betriebskostensteigerungen dazu führte, dass Leistungen abgebaut und die finanzielle Belastung der Studierenden durch den Semesterbeitrag angestiegen ist.

Für eine Verbesserung der Situation der Beschäftigten

Es ist daher nicht nur aus Sicht der LINKEN dringend erforderlich, die Zuweisungen an das Studierendenwerk an die realen Bedarfe anzupassen, denn auch im Bereich der Wohnheime,



schulbibliotheken darstellen, welches vom Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft (TMWWdG) in Auftrag gegeben wurde und im Herbst vorliegen soll. Aber auch im Hochschulbau wird sich in den nächsten Jahren einiges tun müssen. Zwar hat das Ministerium in Aussicht gestellt, dass ein städtischer Anteil der Mittel aus dem Hochschulpaket 2020 in den Hochschulbau fließt, aber die aufgelisteten Mängel aus den vergangenen Legislaturen sind so groß, dass dennoch Prioritäten gesetzt werden müssen.

Bund muss Verantwortung im Hochschulbau wahrnehmen

Die LINKE empfiehlt, sich dabei vor allem auf die Verbesserung der räumlichen Rahmenbedingungen und Studienqualität an den Thüringer Hochschulstandorten zu konzentrieren. Auch sollen die Hochschulgebäude barrierefrei werden. Gerade diese Forderung wurde von den Studierendenvertretungen immer wieder deutlich formuliert. All das wird aber ohne die Beteiligung des Bundes nicht möglich sein. Deshalb muss Thüringen darauf pochen, dass der Bund endlich seine Verantwortung im Hochschulbau wahrnimmt.

In den kommenden Jahren wird auch das Studierendenwerk mit der Aufmerksamkeit bedacht, die ihm zusteht. Bisher war der staatliche Zuschuss auf

Mensen und Cafeterien hat sich ein hoher Investitionsstau gebildet. Auch Dr. Ralf Schmidt-Röh, Geschäftsführer des Studierendenwerkes, hat auf diesen Umstand in den Gesprächen sehr deutlich hingewiesen.

Christian Schaft merkt daher positiv an: „Mit dem Sonderinvestitionsprogramm aus Mitteln des Landes und des Hochschulpaktes werden die ersten Schritte zur Verbesserung der Situation gegangen.“

Während der Hochschultour wurde aber auch festgestellt, dass es nicht nur Bedarfe und kritische Situationen gibt. Bei einem Teil der Thüringer Hochschulen finden sich bereits jetzt Selbstverpflichtungen zur Schaffung guter Beschäftigungsbedingungen oder werden gerade erarbeitet.

Das ist ein guter erster Schritt, aber es ist und bleibt der LINKEN weiter wichtig, einen einheitlichen Standard für Gute Arbeit an den Hochschulen zu entwickeln, der sowohl die Fragen der Befristungen im Mittelbau, der prekären Situation von Lehrbeauftragten, sowie die oftmals schwierige Situation studentischer Beschäftigter aufgreift und Verbesserungen schafft.

„Hier stehen wir klar an der Seite der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, um uns im Sinne des Herrscher Kodex für eine Verbesserung der Situation der Beschäftigten einzusetzen“, macht der LINKE Hochschulpolitiker abschließend deutlich.

KURZ UND PRÄGNANT

Kulturagenten für kreative Schulen

Noch bis zum 17. August ist im Hochhaus des Thüringer Landtags, im „Kunstturm“ vom Foyer bis in die 8. Etage, die Fotoausstellung „Vier Jahre Kulturagentenprogramm in Thüringen“ zu sehen. Sie verschafft ein eindrucksvolles Bild von den insgesamt 30 Projekten an zehn Thüringer Schulen – künstlerische Ergebnisse ebenso wie Momentaufnahmen aus Arbeitsphasen und Präsentationen. Das Modellprogramm „Kulturagenten für kreative Schulen“ läuft von 2011 bis 2015 in Thüringen sowie den Bundesländern Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. In Thüringen nehmen 30 Schulen an dem Modellprogramm teil. Ziel ist es, nachhaltige Strukturen für kulturelle Bildung zu entwickeln sowie langfristige Kooperationen mit Kultureinrichtungen und Künstlern aufzubauen.

Die Ausstellung kann werktags von 8.00 bis 18.00 Uhr im Thüringer Landtag besichtigt werden.

Im Netz: www.kulturagentenprogramm.de

Kommunen konnten Schulden senken

Nach Mitteilung des Landesamtes für Statistik lag der Schuldenstand der Thüringer Gemeinden Ende 2014 bei einer Höhe von 2.108,9 Millionen Euro (Pro-Kopf-Verschuldung von 978 Euro je Einwohner). Gegenüber dem Vorjahr sanken die Schulden um 129,1 Millionen Euro bzw. 5,8 Prozent. Von den 2.108,9 Millionen Euro entfielen 479,8 Millionen Euro auf die Landratsämter (298 Euro je Einwohner), 482,7 Millionen Euro auf die kreisfreien Städte (881 Euro je Einwohner), 1.124,4 Millionen Euro auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden (699 Euro je Einwohner) und 22 Millionen Euro auf die Verwaltungsgemeinschaften (48 Euro je Einwohner).

Der Schuldenabbau ist vor allem bei den kreisfreien Städten und kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu verzeichnen. Die kreisfreien Städte haben ihre Schulden um 31,2 Millionen Euro reduziert, 6,1 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Um 70,4 Millionen Euro bzw. 5,9 Prozent haben die kreisangehörigen Städte und Gemeinden ihre Schulden gesenkt. Die Landkreisverwaltungen bauten ihre Schulden um 24,1 Millionen bzw. 4,8 Prozent ab.

Der Schuldenstand des Landes verringerte sich 2014 um 174,9 Millionen Euro auf 15.699,3 Millionen Euro.